



LANDTAGSWAHL 2004

GdP-Sicherheitstest: Fragen an die im Landtag vertretenen Parteien

Vor der im kommenden September im Saarland anstehenden Landtagswahl beabsichtigt die GdP, Landesbezirk Saarland, einen „Sicherheitscheck“ durchzuführen. Im Landesvorstand wurde die gleiche Verfahrensweise wie bei dem Sicherheitstest zur Landtagswahl 1999 beschlossen. Dies bedeutet, dass nur den aktuell im Landtag vertretenen Parteien der Fragenkatalog zugesandt wurde.

Wurden 1999 noch CDU, SPD und Grüne um Beantwortung der Fragen gebeten, gilt dies jetzt nur für CDU und SPD. Nach Meinung des Landesvorstandes bedeutet dies keine Geringschätzung der anderen, zur diesjährigen Landtagswahl zugelassenen Parteien. Ausschließlich praktikable Gründe und eine durchgängig einheitliche Verfahrensweise waren maßgebend für diese Entscheidung.

Hierzu wurde, basierend auf den aktuellen Schwerpunkten unserer gewerkschaftlichen Arbeit, ein Fragenkatalog entwickelt, der den Parteivorsitzenden Peter Müller und Heiko Maas zugesandt wurde.

Durch die Beantwortung der aufgeworfenen Fragen soll diese Gelegenheit gegeben werden, zu den aufgezeigten Problemfeldern Stellung zu beziehen. Es ist vorgesehen, die vorgelegten Antworten zusammen mit den gestellten Fragen in einem Sonderdruck zu veröffentlichen, um unseren Mitgliedern bei ihrer Wahlentscheidung eine gewerkschaftliche, Polizei spezifische Orientierungshilfe geben zu können.

Wir werden die Antworten der Parteien nicht bewerten, d.h. unkommentiert abdrucken. Nachfolgend werden vorab die Problembeschreibungen und die

dazu gestellten Fragen veröffentlicht.

Die Personalentwicklung in der saarländischen Polizei

Ab 1999 hat die neue Landesregierung ihr Versprechen umgesetzt und mehr Einstellungen in die Polizei vorgenommen. So wurden jährlich 85 Polizistinnen und Polizisten (im Jahr 2002 einmalig 120) neu eingestellt. Trotz zusätzlicher Übernahmen aus anderen Bundesländern gelang es allerdings nicht, den ursprünglich vorgesehenen Personalaufbau auf 2900 Beamtinnen und Beamte zu erreichen. Ab dem Jahr 2010 werden die regulären Ruhestandsversetzungen jährlich deutlich über der Zahl der heutigen Einstellungszahlen von 85 liegen. Diese ungünstige Entwicklung wurde jüngst auch durch die Ergebnisse der AG Personaleinsatz dokumentiert. Dies hat zur Folge, dass ab dem Jahr 2006 mit höheren Einstellungszahlen als bisher gegengesteuert werden müsste, um einen neuerlichen Personalabbau zu vermeiden.

Die Gewerkschaft der Polizei fragt daher:

- Wie werden Sie den Personalbestand der saarländischen Polizei in den kommenden Jahren gestalten?

- Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um auch kurzfristig das aktuell vorhandene Personal zu entlasten?

Stellenplanstruktur, Aufstiegs- und Beförderungsperspektiven – Wie viel sind wir der Politik wert?

Seit dem Jahre 1999 sind die jährlichen Beförderungsmittel im Verhältnis zu den Vorjahren deutlich erhöht worden. Die jährlichen Beförderungsbudgets sind insbesondere wegen des in den 90er Jahren verursachten Beförderungsstaus noch nicht völlig ausreichend, um für alle Betroffenen zeitlich akzeptable Perspektiven zu eröffnen. So entstanden trotz der in der Konzeption zur „Personalentwicklung und Entwicklung der Stellenstruktur“ (kurz: Beförderungskonzeption) aufgezeigten möglichen Verbesserungen bis heute Warteschlangen, in die sich unsere Beschäftigten einreihen müssen. Dies gilt vor allem in den unteren Besoldungsstufen A8 und A9.

Auch der Blick auf die Entwicklung der Stellenplanstruktur insgesamt weist noch Verbesserungsmöglichkeiten auf: Die GdP vermisst die Aufhebung der Bestimmungen für die Einstellung im mittleren Dienst in der Polizeiaufbahnverordnung und die Nennung eines verbindlichen Termins zur Realisierung der zweigeteilten Laufbahn. Eine Fortschreibung der Beförderungskonzeption

gibt es nicht.

Die aktuelle Dienstpostenbewertung benötigt zur Umsetzung eine wesentliche Ausweitung der Stellenanteile A12/A13 gehobener Dienst. Ohne entsprechende zusätzliche Erhöhung des Beförderungsbudgets zur Realisierung der Funktionsbewertung bliebe diese für Funktionsinhaber ein Muster ohne Wert.

Der Stellenanteil des höheren Dienstes muss dieser Entwicklung folgend ebenfalls erhöht werden.

Die Gewerkschaft der Polizei fragt daher:

- Welche Beförderungsperspektiven zeigen Sie für die Polizeibeschäftigten im mittleren, gehobenen und höheren Polizeidienst auf?

- Sind Sie bereit, die zweigeteilte Laufbahn auch im Saarland durch entsprechende Änderung der Polizeiaufbahnverordnung sowie durch Umsetzung und Fortschreibung der Beförderungskonzeption zu realisieren?

- Welche Zeitachse liegt hierbei Ihren Vorstellungen zugrunde?

- Sind Sie bereit, zur Realisierung der Ergebnisse der teilanalytischen Funktionsbewertung in der Polizei die jeweils notwendigen Stellenhebungen nach A12/A13 vorzunehmen und die dann entstehenden neuen Stellenplananteile A 12/13 tatsächlich umzusetzen? In welchem Zeitraum könnte dies vollzogen werden?

Versorgung im öffentlichen Dienst

Die Haushaltssituation in Bund und Ländern führte in den letzten Jahren unter dem Unwort Fortsetzung Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

„Reform des öffentlichen Dienstes“ zu einer Vielzahl von Änderungen, die im Ergebnis für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes weniger Einkommen und Versorgung bedeuteten. In der öffentlichen Diskussion wurden Kürzungen des Einkommens und der Versorgung populistisch mit der Sicherheit des Arbeitsplatzes im öffentlichen Dienst gerechtfertigt. Verschwiegen wurde und wird in der Diskussion, dass Beamte schon seit den 50er Jahren immer einen Einkommensbeitrag zu Ihrer Altersversorgung geleistet haben. Der Umstand, dass diese Gelder nicht zweckentsprechend verwendet wurden, ist der Politik und nicht den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes anzulasten. Versorgungsänderungsgesetz, Wegfall der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage, Öffnungsklausel bei den Sonderzuwendungen Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Änderun-

gen der Beihilfebestimmungen summieren sich zwischenzeitlich auf jährliche Einkommensverluste von mindestens 1000 Euro. Abgestimmte Konzepte, die für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes Perspektiven eröffnen und verlässliche Aussagen zulassen, sind nicht ersichtlich. Dies beweisen z. B. die unterschiedlichen Schnittstellen bei Weihnachts- und Urlaubsgeld, welche die Sozialverträglichkeit der jeweiligen Kürzungen bzw. des Wegfalls definieren sollen. Diese hat man unverständlicherweise für das Urlaubsgeld bei der A 8 und beim Weihnachtsgeld bei der A 10 angesiedelt.

Die Gewerkschaft der Polizei fragt daher:

- Welche Perspektiven bestehen hinsichtlich der Versorgung für die Beschäftigten der Polizei?
- Mit welchem Versorgungsniveau dürfen diejenigen rechnen, die in 10, 20 oder 30 Jahren in den Ruhestand treten?

• Welche Konzepte hat Ihre Partei zur Sicherung der zukünftigen Versorgung der Beschäftigten der Polizei?

• Welche Haltung vertreten Sie hinsichtlich weiterer Kürzungen der Beihilfe? Sollen Beamte zukünftig gesetzlich versichert werden?

• Welche Absichten hat Ihre Partei für die weitere Entwicklung der Sonderzuwendungen im öffentlichen Dienst (Weihnachts- und Urlaubsgeld)?

• Beabsichtigen Sie, die Schnittstellen beim Urlaubsgeld auf die A 10 anzuheben und so der Schnittstelle des Weihnachtsgeldes anzugleichen?

Arbeitszeit/Lebensarbeitszeit

Die Verlängerung von Wochen- und Lebensarbeitszeit als Patentrezept zur Konsolidierung öffentlicher Haushalte sind Begriffe, die vielen Polizeibeamtinnen und -beamten die Zornesröte ins Gesicht treiben. Da soll auf ihrem Rücken eine verkorkste Finanz- und Wirtschaftspolitik ausgetragen werden. Dabei rettet eine Verlänge-

rung der Arbeitszeit kein Bundesland dieser Republik aus seiner Finanzmisere. Gerade die Kollegen im Schichtdienst beobachten die Entwicklung mit großem Argwohn. Ankündigungen wie: „Ihr müsst diesen (Schicht-) Dienst bis zu eurer Pensionierung machen!“ sind nicht dazu angetan, verlorenes Vertrauen in die Politik zurückzugewinnen.

Die Gewerkschaft der Polizei fragt daher:

• Streben Sie in der kommenden Legislaturperiode eine Verlängerung der Wochen- bzw. Lebensarbeitszeit an?

• Sind Sie bereit, Kolleginnen und Kollegen, die viele Jahre im Wach- und Wechseldienst gearbeitet haben, auch schon vor der zurzeit gültigen Pensionsgrenze von 60 Jahren – ohne finanzielle Einbußen – in den Ruhestand treten zu lassen (im Sinne von Faktorisierung der Schichtarbeit)?

Schichtdienst in der Polizei

Die Kolleginnen und Kollegen sind im Schichtdienst ständig den berufstypischen Gefahren und Belastungen ausgesetzt. Für die Mehrheit der Polizeibeschäftigten ist Schichtdienst polizeilicher Alltag. Familien und Privatleben werden in besonders intensiver Form durch den Dienstplan beeinflusst, ja sogar erheblich eingeschränkt. Spätdienst und Wochenendarbeit haben soziale Folgen für die ganze Familie, für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben und für die individuelle Freizeit. Die Schichtdienstbeschäftigten leben gegen ihre „innere Uhr“. Dieses Arbeiten und Schlafen gegen die „innere Uhr“ stellt die eigentliche Belastung bei Nacht- und Schichtarbeit dar. Gesundheitsstörungen wie Schlafstörungen, Magen- und Darmbeschwerden, vegetative Beschwerden, Einschränkung der Leistungsfähigkeit sind zwangsläufige Folgen langjähriger Schichtarbeit und sind ursächlich für den „unnatürlichen Personalabbau“ im Schichtdienst. Daher muss die-

sen besonderen Belastungen zum einen durch Anrechnung der geleisteten Arbeitszeit im Schichtdienst auf die Lebensarbeitszeit ohne finanzielle Einbußen Rechnung getragen werden, und zum anderen bedarf es einer deutlichen Intensivierung der Gesundheitsvorsorge für Schichtdienstleistende. Die im Jahre 2003 erfolgte Änderung des Beihilferechtes führte unter anderem auch dazu, dass sich die Bedingungen für die Inanspruchnahme von Vorsorgemaßnahmen und Heilkuren massiv verschlechtert haben. Gerade für den gesundheitsschädlichen Schichtdienst bewirken diese Verschlechterungen des Beihilferechtes eine weitere Reduzierung der erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen und somit eine weitere Erhöhung der Schichtdienst bedingten Dienstunfähigkeiten. In diesem Zusammenhang darf nicht vergessen werden, dass die vorzeitige Ruhestandsversetzung infolge schichtbedingter Dienstunfähigkeit nach der derzeitigen Gesetzeslage zu einem Versorgungsabschlag von bis zu 10,8 % führt.

Die Gewerkschaft der Polizei fragt daher:

• Wie wollen Sie den besonderen Belastungen im Schichtdienst Rechnung tragen?

• Welche konkreten Maßnahmen der Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsfürsorge wollen sie ergreifen?

• Treten Sie für eine Rücknahme der Beihilfeverschlechterungen ein?

• Sind sie zu einer „Faktorisierung“ der geleisteten Schichtarbeit mit der Folge der Verkürzung der Lebensarbeitszeit ohne finanzielle Einbußen bereit?

Beamte, Tarifbeschäftigte, private Sicherheit

Auch im Saarland ist der Wettlauf nach mehr Sicherheit insbesondere auf kommunaler Ebene eröffnet worden. Stichworte, die dem Bürger in diesem

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die September Ausgabe unseres Landesteils ist der 6. August 2004



Deutsche Polizei

Ausgabe:
Landesbezirk Saarland

Geschäftsstelle:
Kaiserstraße 258
66133 Saarbrücken
Telefon (06 81) 81 14 98
Telefax (06 81) 81 52 31
Homepage: www.gdp-saar.de
E-Mail: gdp-saarland@gdp-online.de

Redaktion:
Dirk Schnubel (V.i.S.d.P.)
Örtlicher Personalrat beim PB Saarlouis
Alte - Brauerei - Straße 3
66 740 Saarlouis
Telefon (06831) 9 01 - 139
E-Mail: dirk.schnubel@t-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-2 22
Anzeigenleiter: Michael Schwarz
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 28 vom 01. 01. 2002

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG.
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 1452, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6489

Zusammenhang präsentiert werden, sind beispielsweise Überwachung von „Angsträumen“ durch Private Sicherheitsdienste, Einsatz von kommunalen Ordnungsdiensten in Uniform, Videoüberwachung usw. Durch die jüngsten Änderungen des Saarländischen Polizeigesetzes wurden den Ortspolizeibehörden bisher nur der Vollzugspolizei vorbehalten Eingriffsmaßnahmen wie Festhalten oder Durchsuchung von Personen und Sachen übertragen. Damit werden kommunale Bedienstete in Aufgabenbereichen tätig, die bislang von der Vollzugspolizei ausgeübt wurden. Aus Sicht der Gewerkschaft der Polizei ist zu befürchten, dass diese Entwicklung zu Lasten des Personalbestandes der Polizei geht. Ziel scheint es zu sein, Präsenz in der Öffentlichkeit durch Uniformierte, egal welchen Ausbildungsstandes oder Qualifikation, zu erreichen.

Die Gewerkschaft der Polizei fragt daher:

- Befürwortet Ihre Partei einen weiteren Ausbau des Personalstandes und der Befugnisse für den kommunalen Ordnungsdienst?
- Befürworten Sie die Entwicklung zu einer kommunalen Polizei (wie in Frankreich)?
- Welche Haltung hat Ihre Partei zum Einsatz privater Sicherheitsdienste im öffentlichen Raum?
- Beabsichtigen Sie hierzu weitere Gesetzesänderungen?
- Beabsichtigen Sie, neue Stellen für Tarifbeschäftigte in der Polizei zu schaffen, Höhergruppierungen für Angestellte als Sachbearbeiter vorzunehmen und im Gegenzug Polizeivollzugsbeamte „auf der Straße“ einzusetzen?
- Unterstützen Sie das vom Ministerium für Inneres und Sport ins Leben gerufene Weiterqualifizierungskonzept für Tarifbeschäftigte in der saarländischen Polizei und sind Sie bereit, dieses weiter zu führen und gleichzeitig entsprechende Sachbearbeiterstellen zu schaffen?

stimmung

Im Zuge der Reformdiskussionen, insbesondere zur Agenda 2010, wurde den Gewerkschaften der Vorwurf gemacht, nicht reformfähig zu sein. Dabei wurden auch Forderungen erhoben, den Einfluss der Gewerkschaften in den Personalvertretungen und Betriebsräten zu begrenzen. Parallel dazu wurde nach dem letzten Tarifabschluss im öffentlichen Dienst auf Arbeitgeberseite Kritik an den Abstimmungsmechanismen der Tarifgemeinschaft der Länder laut. Verhandlungen zur Neugestaltung des Tarifrechts wurden abgebrochen und Tarifverträge über die Zahlung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld einseitig gekündigt.

Die Gewerkschaft der Polizei fragt daher:

- Beabsichtigen Sie, das saarländische Personalvertretungsgesetz zu ändern? Wenn ja, welche Änderungen sind beabsichtigt?
- Befürworten Sie einen Austritt des Saarlandes aus der Tarifgemeinschaft der Länder?
- Werden Sie sich für die Aufnahme der Verhandlungen zur Neugestaltung des Tarifrechts einsetzen?
- Sind Sie bereit, die ohne Beteiligung der Gewerkschaften in Kraft gesetzten Erlasse (Anpassung an vergleichbare Beamte) zurückzunehmen und diese im Rahmen der Neugestaltung des Tarifrechts neu zu verhandeln?

Polizeiorganisation

Die Polizei verfügt seit 2001 über eine neue Aufbau-Organisation, bei der insbesondere die Flächendienststellen unter großen Personalproblemen leiden. Eine Verbesserung ist hier kurzfristig kaum zu erwarten.

Angesichts der aktuellen Entwicklung im internationalen Terrorismus soll im LKA eine erforderliche neue Staatsschutzabteilung entstehen. Andererseits erwarten die Bürger eine Präsenz der Polizei vor Ort. Personalstärke auf der einen und die je-

weilige Organisation der Polizei auf der anderen Seite stehen jedoch in einem unmittelbaren Zusammenhang.

Die Gewerkschaft der Polizei fragt daher:

- Beabsichtigen Sie, die derzeitige Polizeiorganisation in den nächsten Jahren zu erhalten, oder planen Sie Änderungen. Wenn ja, welche?

Sachausstattung, Liegenschaften - Sind wir wirklich schon im 21. Jahrhundert?

Bei allen Anstrengungen, die in den letzten Jahren etwa in den

Bereichen Beschaffung von Funkstreifenwagen, PCs und besserer Unterbringung der Dienststellen unternommen wurden, gibt es immer noch Liegenschaften, die den Erfordernissen einer Polizeidienststelle nicht entsprechen. So sind beispielsweise immer noch Polizeiposten nicht vernetzt, was zu einem erhöhten Zeit- und Arbeitsaufwand führt, da Ermittlungsvorgänge der Polizeiposten an anderer Stelle in das EDV-System der Polizei eingestellt werden müssen.

Die Gewerkschaft der Polizei fragt daher:

- Welche Veränderungen/Verbesserungen streben Sie in der Sachausstattung bzw. bei den Liegenschaften der saarländischen Polizei an?

AKTUELL

Niedersachsen streicht Sonderzuwendungen

Nach einer Meldung von Verdi hat die niedersächsische Landesregierung von Christian Wulff (CDU) beschlossen, ab 2005 für Beamtinnen und Beamte die Sonderzahlung (Weihnachtsgeld) vollständig zu streichen. In Niedersachsen wurde die Sonderzahlung, die 2004 nur noch 50 Prozent betrug, monatlich ausgezahlt, d. h. die Kolleginnen und Kollegen erhielten einen monatlichen

Erhöhungsbetrag von 4,17 Prozent. Die Streichung dieses Erhöhungsbetrages wird ab 1. Januar 2004 wirksam. Damit zahlt Niedersachsen als erstes Bundesland seinen Beamten nur noch 12 Monatsgehälter. Hierzu führte der Ver.di – Landeschef Wolfgang Denia gegenüber dpa aus: *„Während Bayern die 42 Stunden – Woche macht, nimmt Niedersachsen jetzt an dieser Stelle eine Vorreiterrolle ein.“*

FRAUENTAG 2004

Nachdem in der letzten Ausgabe der DP der genaue Termin noch nicht feststand, bittet unsere Frauenbeauftragte Vera Koch sich folgenden Termin vorzumerken:

Der Frauentag 2004 findet am Freitag, den 17. September, ab 15.00 Uhr statt.

Anmeldungen bitte über die Geschäftsstelle (0681/811498).

Nähere Einzelheiten werden in einem gesonderten Flugblatt mitgeteilt.

Anmerkung der Redaktion: *Bei Erscheinen dieser Ausgabe befindet sich unsere Vera nach einem Krankenhausaufenthalt ganz sicher auf dem Wege der Besserung. Liebe Vera, auch von dieser Stelle alles Gute. Wir freuen uns, wenn Du bald wieder an Bord bist!*

DS

10 Jahre Sondereinsatzeinheit SEE

Am 29. Juni 2004 führte die SEE des Saarlandes anlässlich ihres 10 - jährigen Bestehens eine große Hundertschaftsübung auf dem Tholeyer Schaumberg durch. An der Übung, die in den Medien auf großes Interesse stieß, waren fast 400 Kolleginnen und Kollegen beteiligt

Historie

Vor dem Hintergrund der Häufung von Straftaten aus dem

rechten politischen Spektrum mit fremden - feindlichem Hintergrund in den Jahren 1991/1992 (Bsp. Hoyaswerda) beschloss



Auf dem "Antreteplatz" in St'Wendel



Interessierte GdP-ler vor Ort: v. l. R. Porzel, B. Leinenbach, R. Herrmann

die IMK, AK II, Ende 1992 den Bundesländern die Aufgabe zu übertragen, Polizeikräfte vorzu-

einheiten der saarländischen Vollzugspolizei“ mündete. Dieser Erlass trat mit Wirkung vom 01.01.1994 in Kraft. *Dies war die Geburtsstunde der SEE!*

Im Laufe der Jahre entstand durch eine qualifizierte Ausbildung, gepaart mit einer sehr gu-



Die GdP - mittendrin - Wolfgang Schäfer beim Verteilen von Flyer und Pastillen

halten, die ohne großen Zeitverzug als geschlossene Einheit eingesetzt werden können. Wenige Tage später konkretisierte der UA - Lex diesen Beschluss

ten Ausstattung/Ausrüstung, eine geschlossene Einheit, die bei vielen Einsätzen auch und vor allem in anderen Bundesländern ihrer hohen Einsatzwert un-



Die Störer auf dem Weg zum Veranstaltungsort

zur Bereithaltung mobiler, kurzfristig einsetzbarer Sicherheitskräfte. Das Innenministerium trat darauf hin in die Planungs- und Vorbereitungsphase ein, die am 17.12.1993 in den „Erlass über die Einrichtung von Sondereinsatz-

ter Beweis stellen konnte.

Übungsverlauf

Der Übung am Schaumberg lag das Konzert einer rechtslas-

tigen Band zugrunde. Dem Konzert voraus ging ein Aufzug der „rechten Szene“ unter dem Motto: „Staat schütze deine Deutschen gegen Justizwillkür“. Durch Plakataktionen der „linken

hen genießt, zeigte auch die Anwesenheit von Herrn Paul Haben, Leiter der Landespolizeidirektion und von Frau Innenministerin Annegret Kramp – Karrenbauer, die es sich dann

frischung des Zuckerspiegels kleine Süßigkeiten. Was aber genauso wichtig war. Die GdP war „mittendrin“ und stand ständig als Ansprechpartner zur Verfügung. Alles in allem also eine

gelungene Übung, eine schöne Feier, ein toller Film zum 10-jährigen Bestehen und nochmals von allen GdP-lern:

Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!
DS



Einer von vielen SEE - Einsätzen (hier FCS - Erfurt)

Szene“ wurde zu Störungen der beiden Veranstaltungen aufgerufen. Die Störer wurden von Kolleginnen und Kollegen der

auch nicht nehmen ließen, den Einsatzkräften für ihr Engagement zu danken.



Ein Blick in die voll besetzte "SEE - Heldenhalle" in Sotzweiler

Fachhochschule und der Einsatzhundertschaft dargestellt. Den Einsatzkräften oblag es, die Veranstaltungen zu schützen und die „feindlichen“ Lager auseinander zu halten. Der Übungsverlauf wurde insgesamt als gelungen beschrieben, so dass im Anschluss einer kleinen Feierstunde in der „SEE – Heldenhalle“ in Sotzweiler nichts mehr im Wege stand. Dass die SEE ein hohes Anse-

GdP vor Ort

Für die GdP/ÖPR Vorsitzenden war es eine Selbstverständlichkeit, die Übung vom Anfang bis zum Ende zu begleiten. Unter dem Motto „GdP...der Tag wird gut“, verteilten die Kollegen schon auf dem „Antreppplatz“ in St'Wendel Flyer und Pastillen (für die zweite Luft). Nach der Übung gab es zur Auf-

Werbung

GdP - Reiseservice

Silvester 2004

an der Türkischen Riviera vom 26.12.04 bis 02.01.2005
8-Tage im 5 ***** Hotel, inkl. 3 Ausflügen "All Inclusive"

ab 499,- €

8 Tage im 5 Sterne Hotel & "All Inclusive"

Erleben Sie mit uns die Schönheit der Türkischen Riviera

- 2 tägiger Ausflug Ephesus
- Stadtrundfahrt Antalya
- Tagesausflug Demre - Myra
- Halbtagesausflug Perge - Kursunlu

"Silvesterfeier" inklusive

Hotline:
0681 - 841240

LANDESVORSTAND

Nachruf

Am 20. Juni 2004 verstarb nach kurzer schwerer Krankheit das Ehrenmitglied der Gewerkschaft der Polizei, Herr Walter Steffen.



Walter Steffen

Walter Steffen begleitete während seiner 30-jährigen aktiven Tätigkeit in der GdP viele Funktionen. Als Stellvertretender Vorsitzender, dann Vorsitzender der Kreisgruppe Völklingen, Stellvertretender Landesbezirksvorsitzender, Mitglied im GdP-Bundesvorstand, Referent für gewerkschafts- und gesellschaftspolitische Bildungsseminare war ihm kein gewerkschaftliches Betätigungsfeld fremd. Auch personalrätlich durchlief er als Vorsitzender des ÖPR Saarbrücken, Vorsitzender des GPR beim SPA bis zum Stellvertretenden Vorsitzenden beim PHPR alle bedeutenden Stationen. Er war Mitglied der Prüfungskommission bei der IHK

und ehrenamtlicher Richter am VG Saarlouis. Von 1976 bis zu seiner Ruhestandsversetzung leitete er 15 Jahre die Geschicke der VA Völklingen.

Walter Steffen brachte sich voll in die gewerkschaftlichen Diskussionen ein und zeigte dabei wenig Konfliktscheu. Kompromisse mussten mit ihm erstritten werden, war aber einmal eine Entscheidung gefallen, stand er genauso unbeirrbar dazu. Das machte ihn berechenbar und zu einem verlässlichen Gesprächs- und Verhandlungspartner. Seine Sache war die Verbesserung der sozialen Situation der saarl. Polizei, alles was Besoldung, Unterbringung und Dienstgestaltung anbelangte. Dabei suchte er stets das Machbare zu erreichen. Er stand für eine pragmatische Gewerkschaftspolitik, die sich an unabwiesbaren Bedürfnissen orientierte. Walter Steffen war ein Gewerkschaftspolitiker mit Bodenhaftung. In der Vorstandarbeit war er eine feste Größe. Er stand für ehrliche Arbeit, Zuverlässigkeit und Durchsetzungsvermögen. Sein Beruf war ihm Lebensinhalt, seine Gewerkschaft politische Heimat. Die Ernennung zum Ehrenmitglied der GdP auf dem Delegiertentag in St.Ingbert war für ihn der Höhepunkt seiner gewerkschaftlichen Karriere. Die ältere Generation wird sich seiner noch erinnern, die jüngere sollte ihn in Erinnerung halten als einen aufrechten Kämpfer für unsere gemeinsame Sache.

Der Landesvorstand

VERKEHRSPOLIZEIINSPEKTION

Digitale Bildbearbeitung

Seit dem Jahre 2002 beschäftigte sich die Verkehrspolizeiinspektion mit der Frage der Einführung der digitalen Bildbearbeitung im Rahmen ihrer stationären Geschwindigkeitsmessungen. Vor dem Hintergrund einer

finanziert werden.

Anfang 2003 wurde das Konzept einem Vertreter der IT Stelle bei der Staatskanzlei Saarbrücken vorgestellt. Das angebotene Lösungskonzept fand Zustimmung und Mitte des Jahres erfolgte die Bereitstellung des



Die Systemkomponenten

Folgebeschaffung für die in die Jahre gekommenen FOTO-FIX Auswertgeräte standen die angestellten Überlegungen unter einem gewissen Zeitdruck.

Geldes. In der Folge wurden die EDV – Komponenten ausgeschrieben und es kam zu einer Entscheidung. Alle am Projekt beteiligten entschieden sich für die Einführung des digitalen Bildbearbeitungssystems der Firma PLANET intelligent systems GmbH in Raben Steinfeld/ Sachsen. Nachdem in einer Besprechung Anfang Februar im Hause der Verkehrspolizeiinspektion die letzten technischen Details, insbesondere die Art der Datenübertragung zu den Bußgeldbehörden geklärt werden konnten, stand der Aufnahme des Betriebes der Anlage nichts mehr im Wege.

Parallel zu den technischen Überlegungen wurden ablauf-

Vorplanung

Die Verantwortlichen der Dienststelle stellten die geplanten Maßnahmen zunächst den zuständigen Mitarbeitern der Landespolizeidirektion vor. Nachdem das vorgestellte Konzept allgemeine Zustimmung fand, wurde über eine Möglichkeit der Finanzierung nachgedacht. Der im Raum stehende Betrag von 50.000 Euro konnte aus dem Polizeihaushalt nicht

KG ST.WENDEL

Familienfest am Bostalsee

Die Kreisgruppe St.Wendel veranstaltet am Freitag, den 24. September 2004, 14.00 Uhr, wieder ein Spätsommerfest im Regattahaus am Bostalsee bei unserem Kollegen Manfred Schorr. Hierzu sind alle Mitglieder mit oder ohne Anhang recht herzlich eingeladen.

Für Speisen und Getränke ist

gesorgt.

Bitte meldet euch rechtzeitig unter Angabe der Personenzahl bei Thomas Ehlhardt oder Berti Wagner an.

Falls gewünscht, wird ein Fahrdienst eingerichtet
Thomas Ehlhardt

organisatorische Änderungen notwendig, die auch Auswirkungen auf das Personal haben sollten. Durch die zentrale Bereithaltung der technischen Gerätschaften in Saarbrücken-Dudweiler mussten die Mitarbeiterinnen der WINOWI-Eingabestellen von Merzig und Bexbach nach Saarbrücken-Dudweiler wechseln. Dies konnte einvernehmlich in einer Vielzahl von Gesprächen im Interesse der Mitarbeiterinnen geregelt werden. So wird z.B. durch die mit der Verwendung in der neuen zentralen Auswertstelle einhergehende Veränderung des Anforderungsprofils dazu führen, dass alle Mitarbeiterinnen mittelfristig in ihrer Besoldung höher eingestuft werden können.

Technische Einzelheiten:

Wie sieht nun das neue System aus. Das Herzstück der Anlage stellt ein Computer dar, an den die so genannte Einlesebühne (Bild) angeschlossen ist. Hier werden die Nassfilme digitalisiert und in den Rechner eingelesen. Von diesem Masterarbeitsplatz werden die Filme den vier Sachbearbeiterinnen in der Auswertung überspielt und an deren Arbeitsplätzen ausgewertet. Das PLANET-System stellt eine fertige Auswertmaske (Bild) zur Verfügung. Sofern die Bildqualität entsprechend ist, werden die auf dem Film enthaltenen Daten vom System in diese Maske übernommen. Die Sachbearbeiterin kann nun, falls erforderlich die Bilder bearbeiten und dann mittels der eingerichteten Schnittstelle in das WINOWIG-System der Firma Schelhorn importieren. Mittels Datentransfer über das polizeiliche Datennetz werden die Vor-

gangsdaten den jeweiligen Bußgeldstellen übersandt.

Ähnlich wird es sich auch mit der in einem zweiten Zuge einzuführenden Videodigitalisierung von Abstandsverstößen verhalten. Auch hier erfolgt das Einlesen der Videobänder über die so genannte Einlesebühne.

Vorteile der neuen Technik: Neben der Kostenersparnis beim Printen von Fahrerfotos, sowie Synergieeffekten bei der Verkehrspolizeiinspektion liegt der wesentlichere Vorteil der digitalen Bildbearbeitung im Aufdrucken der Fahrerfotos auf den Anhörbögen. Wie Erfahrungen aus anderen Bundesländern gezeigt haben, wird dies dazu führen, dass die Anzahl der Einsprüche deutlich zurückgehen wird. Ermittlungsersuchen um Fahrerfeststellung werden weitgehend entfallen, so dass die Polizeiinspektionen von dieser nicht immer geliebten Tätigkeit entlastet werden. Bei der heutigen Arbeitsbelastung der Wachen ein nicht zu verkennender Vorteil.

Nun wird sich der in der Digitalfotografie auskennende Kollege fragen, warum wir keine Digitalkamera in den stationären Geschwindigkeitsmessgeräten einsetzen. Dies würde doch das oben beschriebene Einlesen in den Rechner ersparen. Hierzu sei nur angemerkt, dass es noch kein effizientes Geschwindigkeitsmesssystem gibt, das mit digitaler Bildaufnahme arbeitet. Dies wird wegen den unterschiedlichsten Problemen, die bis heute noch nicht gelöst sind, in naher Zukunft auch noch nicht realisierbar sein. Als zweiten Grund sei hier die vorhandene Messtechnik angeführt, die auch in absehbarer Zeit noch im Einsatz sein wird. Dieter Kuhn

einsehbar, dass persönliche Befindlichkeiten Einzelner zurückzustehen haben. Es ist aber nicht nachvollziehbar, warum diese Grundsätze der Optimierung nicht in den verwaltungs- und führungstechnischen Bereichen angewendet werden. Das angebliche Ziel der Umorganisation, mehr Personal in die operativen Einheiten zu bringen, wurde verfehlt. Es wird zum Beispiel argumentiert, durch die Neuschaffung der PI Alt-Saarbrücken seien etwa 60 Beamte mehr in die Fläche versetzt worden. Verschwiegen wird aber, dass diese Kräfte anderen Polizeiinspektionen entzogen, lediglich also umgesetzt wurden. Was mit dieser neuen PI geschaffen wurde, liegt auf der Hand: Zusätzliche Führungs- und Verwaltungseinheiten. Als weiteres Beispiel sei die Einrichtung nur einer LPD an Stelle der früheren drei Direktionen genannt. Das wäre positiv zu bewerten, wenn nicht zusätzlich sieben Bezirksdienststellen geschaffen worden wären. Niemand konnte bisher die Notwen-

digkeit dieser zwischen LPD und PI geschalteten Verwaltungs- und Führungseinrichtungen zu friedern stellend und logisch erklären. Für mich langjährigen und erfahrenen Ermittler, Sachbearbeiter beim KD, ergibt sich der „Anfangsverdacht“, die vorhandenen Führungsstellen sollten nicht nur erhalten, sondern ausgebaut werden - etwa zur Befriedigung „verdienter“ Parteigänger, die dann naturgemäß mehr Verwaltungsstellen nachziehen. Denn wie anders kann es sein, dass uns „Indianern“ kein Beamter einfällt, der aus Stab, Verwaltung oder Führung in die operative Einheit gewechselt ist, aber jeder zahlreiche Kollegen kennt, die den umgekehrten Weg gegangen sind. Helmut Fritz

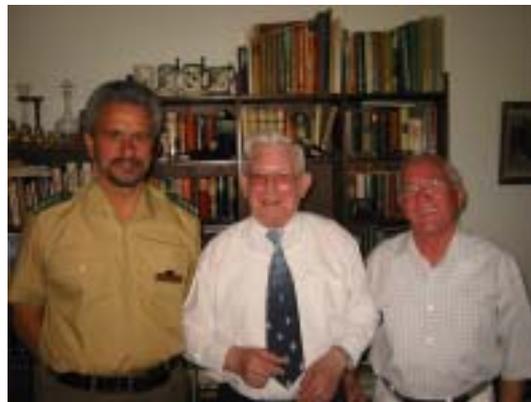
Anmerkung der Redaktion
In einer Demokratie, deren fundamentales Standbein die Meinungsäußerungsfreiheit ist, sind wir sehr an dem Standpunkt unserer Leser interessiert und versuchen die Zuschriften zeitnah zu veröffentlichen.

R: KG SAARLOUIS

Runder Geburtstag

Am 29.06.2004 konnte unser GdP-Mitglied Alfred Grunwald seinen **90-zigsten Geburtstag** feiern. Der noch rüstige Jubilar verrichtete bis 1974 bei der PI Lebach Dienst. Die Glückwün-

sche dieser Dienststelle überbrachte deren Leiter, unser GdP-Kollege Harald Guldner. Für den Landesvorstand, die Kreisgruppe Saarlouis und die Seniorengruppe gratulierten Günter Backes und Dirk Schnubel. Lieber Alfred, wir alle wünschen Dir auch weiterhin eine schöne Zeit im Kreise Deiner Familie. DS



Der Jubilar inmitten der Gratulanten, v. l. Harald Guldner, Alfred Grunwald, Günter Backes

LESERMEINUNG

AG Personaleinsatz

Die angebotenen Lösungsmöglichkeiten der Flexibilisierung zur Optimierung der polizeilichen Arbeit sind positiv zu bewerten, sofern sie die

operativen Einheiten betreffen. Insofern ist der Grundsatz vermehrten Personaleinsatzes zu Zeiten erhöhten Arbeitsanfalles in Ordnung. Es ist auch

KG LANDESPOLIZEIDIREKTION

Geburtstage 1. Halbjahr 2004

Im vergangenen Halbjahr konnte die KG LPD vielen langjährigen Mitgliedern durch den Vorsitzenden, bzw. durch Mitglieder des Kreisgruppenvorstandes zum Geburtstag gratulieren:

80 Jahre wurden die Kollegen

Crauser, Gerhard Paul, Heinz Poller, Wolfgang Bill, Franz-Josef Kriebisch, Heinz Dieter Schaad, Dieter Gillmann und Bertold Reitler.

Für Bertold Reitler beutete dieser Tag gleichzeitig die Veretzung in den Ruhestand. Für seine engagierte Arbeit in der GdP möchten wir uns bei Bertold nochmals ausdrücklich bedanken

Den 50. Geburtstag feierten Maria Jung, Beathe Schulz, Gernot Groß, Hermann Rickert,

Birgitt Schick, Emilie Winter und Josef Houy.

Den Jubilaren möchten wir von dieser Stelle aus nochmals alles Gute wünschen, insbesondere Gesundheit und Wohlergehen.

BL



v. l. Karl Heinz Berhard, Albert Maurer, Otto Kempf

Albert Maurer, Hans Gothe und Walter Seel.

Zum 75. konnte Helmut Detzler, Eduart Anschütz und Franz Fery gratuliert werden.

70 Jahre wurde Norbert Kurz. Glückwünsche für den 60. Geburtstag gingen an Roswita Latz, Rosa Kammler, Werner

dies konkret bedeutet, wollen wir einmal beispielhaft bei dem Fall der „Höhergruppierung“ aufzeigen.

Beispielrechnung :

Polizeiangestellte im Schreibdienst, verheiratet, 1 Kind, Alter 44 Jahre, eingruppiert in BAT VII mit Bewährungs- und Funktionszulage.

Bisheriges Jahresbruttoeinkommen einschließlich Urlaubs- und Weihnachtsgeld - 32.386,01 Euro

Nach Weiterqualifizierung und Höhergruppierung in BAT VI b, dadurch bedingter Wegfall der Bewährungs- und Funktionszulage- 32.232,80 Euro (Jahresbrutto)

Wenn durch die vorgenannte Höhergruppierung das Urlaubsgeld- und Weihnachtsgeld gekürzt wird und zusätzlich dann 40 Stunden wöchentlich gearbei-

tet werden muss - 31.664, 21 Euro (Jahresbrutto)

Die vorgenannte Beispielrechnung zeigt, dass eine Weiterqualifizierung und die damit verbundene Höhergruppierung zu einer finanziellen Verschlechterung führt - bei gleichzeitiger Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit.

Es kommt zu einem Differenzbetrag von 722, 80 Euro pro Jahr

Unglaublich aber wahr, Übertragung von höherwertigen Tätigkeiten und Weiterqualifizierungen führen zu Einkommensverlusten bei gleichzeitiger Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 40 Stunden.

Wer ist unter diesen Bedingungen noch bereit sich weiterzuqualifizieren. ?

Leistung lohnt sich nicht mehr! SchW

KG SAARBRÜCKEN STADT

Alt Saarbrücken feiert Hoffest

Am 06.07.2004 feierten die Bediensteten der Polizeiinspektion Alt - Saarbrücken ihr 4. Hoffest. Bei sonnigem Wetter konnte der Dienststellenleiter, EPHK Karl

Heinz Paulus, neben seinen Mitarbeitern auch eine große Anzahl von Gästen aus Politik und Wirtschaft begrüßen. Unter anderem stattete die Ministerin für Inneres und Sport, Frau Annegret

Kramp - Karrenbauer, ihr Staatssekretär, Herr Gerd Müllenbach, der Leiter Staatskanzlei, Herr Karl Rauber und Herr Staatssekretär Josef Hecken, dem Fest einen Besuch ab. Die Landespolizeidirektion war durch Herrn Ltd. Polizeidirektor Ulrich Schmal vertreten. Auch die Vorsitzenden der beiden Polizeigewerk-

schaften, Hugo Müller und Horst Dörr, waren gern gesehene Gäste. Bei gekühlten Getränken und türkisch-griechischem Essensangebot wurden beste-



Die Gäste fühlten sich sichtbar wohl

hende Kontakte intensiviert und „gute Gespräche“ geführt. Ein besonderer Höhepunkt des Festes war die profihafte Tanzdarbietung von Sybille Albrecht.

Auch in diesem Jahr war das Hoffest der PI Alt Saarbrücken ein herausragendes Event im Polizeialtag der Dienststelle.

K.H. Paulus

TARIFRECHT

Unglaublich aber wahr..!

Der Ministerrat des Saarlandes hat am 27.4. seinen Willen zur Herstellung möglichst einheitlicher Bezahlungs- und Beschäftigungsbedingungen der Beamten und Arbeitnehmer des Landes bekräftigt und beschlossen, die Richtlinie der Tarifgemeinschaft

Deutscher Länder (TdL) vom 26.3.2004 vollständig umzusetzen.

Somit steht fest, dass für alle Tarifbeschäftigte, die nach dem 30.4. 2004 eingestellt werden, ein neues Rechtsverhältnis besteht. Aber es geht noch weiter! Selbst Altverträge sind nicht mehr geschützt, so erfolgt eine Anwendung z.B. auch in den Fällen der Verlängerung befristeter Arbeitsverträge Höhergruppierung auf Grund der Übertragung höherwertiger Tätigkeiten. Was